



Krieg und Frieden 2025

Mehr Krieg – Wenig(er) Frieden

Dr. Klaus Olshausen

Februar 2025

Zusammenfassung

Friede und Krieg, zwei Worte. Sie werden vielfältig als eigenes Ziel oder als Vorwurf gegen andere eingesetzt. Es ist die Politik, die Krieg und Kriegsgeschehen entscheidet. Deshalb ist der angebliche Gegensatz zwischen einer militärischen und einer politischen „Lösung“ irreführend. Was gemeint sein könnte, ist, eine Beendigung des militärischen Konflikts mit nichtmilitärischen Mitteln zu erreichen. Ob und wie das z.B. im Sudan, im Kongo oder in der Ukraine erreichbar ist, wenn ein oder mehrere Konfliktgegner das militärische Übergewicht besitzen, ist noch eine große Unbekannte. Im Krieg Russlands gegen die Ukraine (und den „Westen“) wird deshalb ein „fairer Friede“ erst in Reichweite kommen, wenn Putin und Russland erkennen müssen, dass es äußerst unwahrscheinlich ist, seine Eroberungsziele zu erreichen, aber v.a. der Preis dafür unerschwinglich wird. Erst wenn Russland in seinen anerkannten Grenzen lebt und leben will, wird es möglich sein, neue Beziehungen für einen fairen Frieden und ein freies Europa auszuhandeln – ein sehr weiter Weg.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Folgt man den Worten von Carl von Clausewitz: „Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“, dann gibt es zu Beginn dieses Jahres eine Vielzahl von Konflikten, die diese Definition erfüllen. Die verlustreichen Kriege im Sudan und – seit Wochen wieder intensiv verstärkt – im Osten des Kongo führen zu katastrophalen Lagen für die Bevölkerung, zerstören die Stabilität beider Länder, haben aber auch destabilisierende Auswirkung auf die Nachbarstaaten und die Regionen, zumal einige Staaten sich direkt und indirekt auf unterschiedlichen Seiten des Konflikts einmischen, um eigene Interessen zu befördern.

Insbesondere für den Krieg im Kongo wurde in der vergangenen Woche allerorten gefordert, es gäbe nur eine politische Lösung. Das folgt dem falschen Verständnis, dass dem Einsatz militärischer oder anderer Gewalt keine politische Zielsetzung zugrunde liege. Die klare Unterordnung des militärischen Gesichtspunktes unter den politischen hat Carl von Clausewitz in aller Deutlichkeit herausgearbeitet. Seine Überlegungen schließen mit der Feststellung: „Das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen wäre widersinnig, denn die Politik hat den Krieg erzeugt; sie ist die Intelligenz, der Krieg aber bloß das Instrument und nicht umgekehrt.“

Das unterstreicht der nun schon dreijährige Krieg Putins gegen die Ukraine. Putins nächster politischer Zweck ist die Beseitigung einer selbständigen Ukraine und die Unterjochung der ukrainischen Bevölkerung mit Militär. Wenn – wie im Krieg im Kongo – nun von vielen Akteuren auch in diesem russischen Krieg wieder vermehrt von einer „politischen Lösung“ gesprochen wird, dann kann deshalb nur gemeint sein, westliche Politik könne den Krieg mit nichtmilitärischen Mitteln zu einem Ende bringen. Putin kann und wird weiter versuchen, seine Ziele nur mit weiterem Ansturm an der Front und Zerstörungen im Hinterland durchzusetzen.

Seinen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine aufzuhalten, wird deshalb weiter viele militärische Mittel der westlichen Staaten und Partnerstaaten für die Ukraine erfordern. Alle staatlichen Unterstützer der Ukraine müssen aber vor allem mit deutlich mehr und wirksameren Sanktionen – auch gegen Drittstaaten – Russlands ökonomische und technologische Fähigkeiten massiv verringern, seine Angriffe zu „nähren“. Und diplomatisch kann Russlands Lage nur dadurch in Richtung eines fairen Friedens verschlechtert werden, dass möglichst viele der 140 Staaten, die Resolutionen gegen Russlands Angriffskrieg und Besetzung der Ukraine zugestimmt haben, alle politischen Initiativen für die Souveränität und Unversehrtheit der Ukraine unterstützen und dezidiert gegen die völkerrechtswidrigen Ziele des Aggressors auftreten werden.

Präsident Trump ist nach seinem Flop, den Krieg in einem Tag zu beenden, jetzt mit Aussagen zu hören, die weitere militärische Unterstützung der Ukraine mit deren Zusage zur Nutzung natürlicher Ressourcen des Landes zu verknüpfen. Wenn dies kein hohles Gerede ist, dann hat Präsident Selenskyj schon darauf hingewiesen, dass große Teile dieser Ressourcen in den derzeit russisch besetzten Gebieten liegen. Der Osteuropa-Historiker und Publizist Alexander Rahr hat schon 2023 festgestellt, welches Ausmaß an Ressourcen der Ukraine, Russland bereits damals kontrollierte. Mit der Ostukraine würde die Ukraine zwei Drittel ihrer Bodenschätze verlieren. Der Trump Administration müsste klar sein, dass eine Nutzung der ukrainischen Ressourcen, v.a. der Bodenschätze, eine umfängliche Unterstützung auf allen Feldern verlangt, damit die Ukraine die Verfügbarkeit über diese Gebiete zurückerhalten kann. Erst dann lassen sich ja lukrative Geschäfte mit den USA abschließen.

Jede politische Initiative für einen fairen Frieden und nicht nur eine Verschnaufpause für den Aggressor verlangt, dass der Kreml – ökonomisch geschwächt, politisch stärker isoliert und militärisch durch massive Unterstützung



der Ukraine in die Defensive gezwungen – erkennen muss, dass eine Eroberung der Ukraine oder auch nur die dauerhafte Besetzung wichtiger Gebiete unwahrscheinlich ist, aber vor allem, dass der Preis, dies gegen alle Widerstände durchzusetzen, für Russland unerschwinglich ist. Soweit ist es allerdings noch nicht. Und die Staaten von NATO, EU und Partnern müssen sich klar werden, ob sie das imperial handelnde Russland früh stoppen wollen oder – wesentlich aus innenpolitischen Gründen – mit dem Mantra, das Töten muss aufhören, einen Waffenstillstand propagieren, der die Ukraine amputiert, weite Teile russifiziert und dem weiter imperial aufgestellten Putin Regime die Zeit gibt, sein Ausgreifen auf die weiteren, bereits häufig wiederholten territorialen Ziele vorzubereiten.

Putin wird jeden Waffenstillstand nutzen, um die Legalisierung und Russifizierung der illegal annektierten Landesteile voranzutreiben und die Destabilisierung Westeuropas mit dem Ziel eigener Hegemonie von Lissabon bis Wladiwostok unbeirrt fortzusetzen.

Da das endgültige Handeln von Trump gegenüber der angegriffenen Ukraine, dem nach Westen drängenden Russland und einem Europa, von dem er sich insbesondere ökonomisch schlecht behandelt sieht, noch nicht festgefügt ist, sollten europäische Regierungen Trump bestärken, die Ukraine massiv zu unterstützen, damit (auch) die USA die Bodenschätze der Ukraine, die jetzt in Russlands Hand sind, in der Zukunft nutzen können.

Es muss klar werden, dass ein als Frieden verkaufte kurzlebige Ergebnis, das nur den kinetischen Krieg beenden will, keine vollkommene Entscheidung und Erledigung in sich trägt. Der legitime Wille der Ukraine, seine Souveränität und Integrität wieder zu erlangen, wird sich in unterschiedlicher Weise gegen die illegitimen politischen Zwecke Putins zur Wehr setzen. Und Putin wird aus einer besseren Position sein revisionistisch-imperiales Vorgehen planen und vorbereiten können, vor dem NATO und viele Staaten schon jetzt ständig warnen. Das führt zur Einsicht, erst mit einem Russland, das in seinen anerkannten Grenzen lebt und leben will, können grundsätzlich neue Beziehungen für einen fairen Frieden und ein freies Europa ausgehandelt werden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen